

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei 12monatlicher Zahlung im Voraus für Groß-Deutschland 120 Mark, für den Ausland 150 Mark. Bei 6monatlicher Zahlung im Voraus 60 Mark. Bei 3monatlicher Zahlung im Voraus 30 Mark. Die Zustellung erfolgt monatlich am 1. des Monats. Bei Bestellung unter Fortzahlung des Abonnementpreises für 1919 eintritt die „Freiheit“ in den ersten Nachtrag der Postämterliste für 1919 eintritt.

Interate fallen bis 4 Uhr nachmittags, Sonntags bis 12 Uhr, an den Tagen der Ausgabe bis 10 Uhr. Bei fernem Postamt 25 Pf. Zustellungsgeld. Interate für den Ausland bis 10 Uhr nachmittags, Sonntags bis 12 Uhr, an den Tagen der Ausgabe bis 10 Uhr. Bei fernem Postamt 25 Pf. Zustellungsgeld. Interate für den Ausland bis 10 Uhr nachmittags, Sonntags bis 12 Uhr, an den Tagen der Ausgabe bis 10 Uhr.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Druckerei: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2768.

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die englischen Arbeiter und die direkte Aktion.

In den kommenden Wochen finden in England eine ganze Reihe von Kongressen der englischen Gewerkschaften statt, u. a. auch der allgemeine Gewerkschaftskongress, deren Beschlüsse für den weiteren Verlauf der englischen Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung sein werden. Wir geben deshalb die nachstehende Meldung des „Hollandsche Nieuwsburo“ aus London wieder, die trotz der offenbar beschränkten Förderung einen Einblick in die Tragweite der kommenden Entscheidungen gewährt.

Haag, 2. September.

In einer Reihe von Arbeiterkonferenzen, die im Laufe der letzten zwei Wochen stattfanden, wurden sämtliche Motive für eine direkte Aktion und für politische Agitationszwecke durch die Vertreter des Bergarbeiterverbandes. In dieser Konferenz wird die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke behandelt und die Stellung der Konferenz hierzu klargestellt. Am Donnerstag wird der alliierte Verband der Minenarbeiter, Eisenbahner und Transport-Arbeiter die Frage des direkten Beschlusses behandeln, ebenso wie sich der Gewerkschaftskongress in Glasgow mit der gleichen Angelegenheit beschäftigen wird. Man hofft jedoch, daß die schlimmste Krisis überwunden ist und daß die Arbeiter den wirtschaftlichen Nöten der Zeit zugänglich geworden sind und im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen für eine organisierte politische Kampagne Stellung nehmen werden. Diese Hoffnung wird noch verstärkt durch die wichtige Entscheidung, die der Vollzugsrat der Minenarbeiter gestern gefaßt hat. Darin wird den Mitarbeitern empfohlen, den Regierungsvorschlag bezüglich der Verstaatlichung der Bergwerke nicht anzunehmen, jedoch keinerlei direkte Aktion zu beginnen, um auf diesem Wege die Verstaatlichung herbeizuführen. Der Vollzugsrat wird dem Gewerkschaftskongress empfehlen, eine allgemeine verfassungsmäßige Aktion für diese Verstaatlichung zu unternehmen. Dies bedeutet, daß die organisierten Gewerkschaftsverbände den Vorschlag der Extremisten wahrscheinlich ablehnen werden und beweist im Zusammenhang mit anderen Ereignissen, daß die englischen Arbeiter sich ihrer Verantwortlichkeit dem Staat und der Gesamtheit gegenüber gegenwärtig besser bewußt sind als noch vor wenigen Monaten.

#### Die Radikalisierung der Arbeiterbewegung in Amerika.

Die Radikalisierung der Arbeiterbewegung geht auch in Amerika schnellen Schrittes vorwärts. Im ganzen Lande finden Streiks statt, von denen die Streiks der Verkehrsarbeiter vor allem die Nationalisierung der Eisenbahnen bezwecken. Diese Forderung begegnet neben dem lebhaften Widerspruch der Eisenbahngesellschaften auch dem von Wilson, der als Hüter kapitalistischer Interessen auftritt. Nach einer Meldung des „New York Herald Tribune“ hat Wilson in einer Botschaft an die Arbeiter die Gewerkschaften aufgefordert, mit der Regierung im Kampfe gegen den Radikalismus zusammenzuwirken. Bei der Forderung, die die Gewerkschaften und ähnliche Arbeiterführer gegen die selbständige sozialistische Arbeiterbewegung besitzen, ist es wahrscheinlich, daß sie dieser Aufforderung Wilsons Folge leisten. Wie aus dem weiteren Inhalt der Botschaft Wilsons hervorgeht, will er den wachsenden Radikalisierung der Arbeiterbewegung durch Scheinreformen entgegenkommen. Ob mit Erfolg, und was wiederum, das werden die nächsten Monate zeigen.

#### Die Gefangenenheimkehr.

Die Reihenfolge der Entlassung. Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit: Ueber die Reihenfolge der Entlassung der Gefangenen läßt sich nur so viel sagen, daß im allgemeinen die Gefangenen in englischer und amerikanischer Ordnung rascher heimkehren dürften als die in französischer Ordnung. Unter jenen wiederum sollen, wie die „Petit Parisien“ wissen will, in erster Reihe die in den Hauptkämpfen der Franzosen beschäftigten heimgefunden werden. Was die Reihenfolge der Entlassung der im verwesteten Gebiet beschäftigten auch vor Ende des September zu rechnen sei, dementsprechend ist übrigens, daß das vollständige Organ bereits dabei angelangt ist, die Freigabe der in Nordfrankreich befindlichen Kriegsgefangenen auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit als wünschenswert zu bezeichnen.

#### Die in englischen Händen befindlichen deutschen Gefangenen.

T. U. Lugans, 3. September. Der „Corolo“ meldet: Die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich und Flandern dem englischen Kommando unterstellt sind, beträgt 200 000. Die Gesamtzahl der

von England gemachten deutschen Gefangenen beträgt 285 000. Alle Gefangenen werden entsprechend dem in Paris gefaßten Beschlusse sofort in ihre Heimat befreit.

#### Monarchistische Verschwörer in Wien.

Wien, 2. September. Nach einer Meldung der Polizei-Korrespondenz sind bei monarchisch gesinnten Offizieren, die im Innern der Stadt wiederholt Zusammenkünfte abhielten, und bei dem Direktor der Hungaria-Filmfabrik in Budapest, Moriz Wellner, der sich in Wien aufhielt und mit diesen Offizieren verkehrte, Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, wobei Schriftstücke bei Wellner gefunden wurden, aus denen hervorgeht, daß er mit dem ehemaligen ungarischen Ernährungsminister Prinzen Windisch-Grätz und dessen Anhang in der Schweiz und mit dem Obersten Emil Vidale in Verbindung steht. In einem Brief Vidales an Windisch-Grätz vom 8. 8. 1919 wird u. a. von der Anwendung von Legionären gesprochen und die Absichten einer monarchischen Propaganda in Ungarn und Deutschösterreich werden erörtert. Wellner wurde dem Landesgericht eingeliefert. Gegen Vidale, der gegenwärtig in Ungarn weilt, wird Strafangeklage erstattet.

#### Vor der Ratifizierung in Frankreich.

Paris, 2. September. Marcel Gatin schreibt im „Echo de Paris“, daß die Verhandlung über die Ratifizierung des Friedensvertrages diese Woche geschlossen werde und daß man glaube, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland zwischen dem 15. und 18. September im „Journal Officiel“ bekanntgegeben werden könne.

#### O, welche Lust, ein Mörder zu sein!

Unsere gestrigen Mitteilungen über das Freudenrauschen, das der Mörder Runge im Militärarrestgefängnis führt, werden, wie vorauszusehen war von der Presse mit eifrigem Schweigen aufgenommen. Mit einer einzigen Ausnahme mag es kein Mann, seinen Lehren auch nur Kenntnis von diesem unerhörten Justizskandal zu geben. Daß diese Ausnahme nicht der „Vorwärts“ ist, bedarf keiner Erwähnung. Wie in vielen sonstigen Fällen, so ist es auch diesmal die „Berliner Volkszeitung“, die unsere Mitteilungen verbreitet und meint, sie klingen zwar ungläublich, scheinen aber dennoch wahr zu sein. „Wenn diese Zustände“, schreibt sie, „auch nur noch einen Tag andauern, dann ist die Regierung mitverantwortlich für die politischen Folgen der kommunistischen Agitation. Abgesehen davon sind manche Vorkommnisse in den Ressorts der Herren Noske und Heine bald von keinem Komödientenschauspieler mehr zu bewältigen.“

Und Heine und Noske? Auch sie schweigen! Was sollten sie auch anderes tun? Bei dieser Gelegenheit richtet das demokratische Blatt auch eine „kleine Anfrage“ nach dem Stand der Vogel-Komödie und der Affäre des Massenmörders Marloh an die Regierung.

„Glauben die verantwortlichen Stellen in der Tat, daß das Gedächtnis der Öffentlichkeit so schlecht ist, wie sie es — vielleicht — gerne haben möchten? Das wäre ein verhängnisvoller Irrtum!“

Wir haben uns dertierische Fragen schon längst angewöhnt, denn wir wissen, daß die Freunde der Runge, Vogel und Marloh die eigentlichen Herren in der „vollendeten Demokratie“ sind und auf die Regierung ebenso pfeifen, wie auf Recht und Gerechtigkeit.

#### Die Geiselpolitik der Militärbehörden.

Die abscheuliche Praxis der Geiselpolitik, die im Kriege geübt wurde, wird von den Militärbehörden selbst nach Abschluß des Friedens fortgesetzt. Wie wir festgestellt haben, befindet sich in einem Berliner Gefängnis ein lettischer Soldat, Martin Wiekmann, von der Kommandantur Majorenhof (Vettland), der am 23. Juli in der Nähe von Schloß von deutschen Truppen als Geiselle festgenommen wurde. Die Festnahme erfolgte angeblich, weil lettische Truppen einen deutschen Soldaten verschleppt haben sollen. Der gefangene lettische Soldat wurde von Mitau nach dem Lager Godelberg gebracht, von dort nach Brandenburg a. d. S. und zuletzt nach Berlin. Der vorliegende Fall liegt deshalb besonders trüb, weil Deutschland sich unseres Wissens nicht im Kriegszustand mit Lettland befindet. Dennoch wendet die Militärbehörde gegenüber Lettland dieselbe verwerfliche Praxis an, die sie während des Krieges gegenüber Belgien, Frankreich, Polen usw. geübt hat.

#### Wie lange noch?

Nach Fertigstellung der Verfassung hat die Regierung versucht, die Nationalversammlung einfach mit einem Beschlusse in einen Reichstag zu verwandeln. Der Seniorenkongress der Nationalversammlung selbst hat es zwar „einstimmig“ abgelehnt, diesen offenen Staatsstreichversuch mitzumachen. Aber wir hörten, daß die Nationalversammlung noch zusammenbleiben sollte, bis die dringendsten Aufgaben erledigt seien. Zuerst hieß es, daß voraussichtlich im Januar, später, daß im Laufe des Winters Neuwahlen stattfinden. Jetzt aber wird schon gesagt, daß die Neuwahlen erst im zweiten Vierteljahr 1920 stattfinden sollen. Das würde also bedeuten, daß der neugewählte Reichstag erst in einem Jahre zusammentreten würde und die bisherige Regierung noch ein ganzes Jahr völlig freie Hand hätte.

Betrachten wir, worum es sich eigentlich handelt. Die Nationalversammlung, dieser angebliche Pfeiler der Demokratie, ist auf so undemokratische Weise als möglich gewählt worden. 4 1/2 Jahre lang war das deutsche Volk systematisch belogen und vergiftet worden. Diesem Zwecke diente der Belagerungszustand, die korruptierte Presse, die täglich ihre Informationen von der Regierung erhielt, die Regierungsozialisten, die den Arbeitern alle unabhängigen Zeitungen stahlen, der vaterländische Aufklärungsdienst bei den Soldaten usw. Man führte Ende 1918 nach sofortigen Wahlen, um dem „gesetzlosen“ Zustand der Revolution ein Ende zu bereiten. Der Plan gelang. Die Revolutionäre wurden an die Wand gedrückt. Die Gegenrevolution, an deren Spitze sich die Rechtssozialisten stellten, siegte. Aber die darauf sofort begonnene Politik der brutalsten Gewalt, die Noske-Politik, hat den breiten Massen die Augen geöffnet. Die Regierung weiß, daß Neuwahlen für sie äußerst gefährlich sind. Ihre Mehrheit bricht zusammen, und damit ist ihre Herrschaft zu Ende. Die Regierungsparteien brauchen aber die Nationalversammlung zur Aufrechterhaltung ihrer Macht. Wovor sie sich bei den Wahlen am meisten fürchten, das ist der offene Zusammenbruch der Rechtssozialisten, dieser Kulisse des Militarismus und Kapitalismus. Die angeblichen Beschützer der Demokratie sind daher auf das Urteil des Volkes keineswegs neugierig.

Die Regierung wollte daher die Nationalversammlung durch eine einfache Gesetzesveränderung noch weitere vier Jahre als Reichstag bestehen lassen. Sie hatte damit natürlich den Beifall des „Vorwärts“. Die Nationalversammlung selbst war jedoch klüger. Sie wußte, daß sie bei ihrer Unpopularität und dem Widerstande, den sie besonders von den Unabhängigen Sozialdemokraten zu erwarten hätte, einen so offenen Staatsstreich nicht riskieren dürfte, da ein solcher gerade die Volksmassen in Bewegung bringen könnte. Sie will es geschickter machen und besann sich darauf, wie man früher unpopuläre Gesetze, wie Steuer- und Militärvorlagen, am besten durchgesetzt hat. Nach folgendem Rezept wurde damals verfahren: Die alte Regierung ließ zunächst inoffiziell „aus gut unterrichteter Quelle“ ihre Absichten verkünden, die sie dann offiziell dementieren ließ. Im Anschluß daran erschienen aber in einem Teile der Presse Artikel, die mit Bedauern Notiz von dem Dementi nahmen und erklärten, daß ein solches Gesetz unbedingt nötig wäre. Auf diese Weise wurden dann in der gesamten Presse große Debatten für und wider hervorgerufen, was man ja eben gewollt hatte, denn dadurch macht man das Volk mit dem Gedanken an das kommende Gesetz vertraut, bis es dann eines schönen Tages offiziell angekündigt wurde.

Nach diesem Muster will man auch jetzt vorgehen, mit entsprechenden Modifikationen. Die Nationalversammlung besteht ja bereits, man braucht also möglichst wenig Aufhebens von ihr zu machen. Es genügt, wenn man von Zeit zu Zeit Notizen in die Presse bringt, die auf eine immer längere Lebensdauer der Versammlung schließen lassen. Das Volk gewöhnt sich dann an ihre fortdauernde Existenz. Schließlich hat man doch diesem Volk vier Jahre lang mit Blut eingeredet: „In sechs Wochen ist der Feind auf die Knie gezwungen, haltet nur bis dahin durch.“ Ein Volk, das im Vertrauen auf eine solche Kata Morgana ein so unfähiges Gend auf sich genommen hat, wird doch auch vier Jahre lang eine Nationalversammlung dulden.

Zunächst soll die Nationalversammlung nur die „dringendsten Aufgaben“ erledigen. Solche Aufgaben werden in dieser Zeit nach dem Kriege stets vorhanden sein. Außerdem hat man die Möglichkeit, sie recht selten tagen zu lassen, wodurch man den anderen Vorteil hat, die Gesetze durchzupeitschen und die Proteste der Unabhängigen Sozialdemokraten leichter erstickt zu können.

Natürlich handelt es sich bei alledem um eine glatte Ungeheuerlichkeit. Die Nationalversammlung ist nur zu dem ausdrücklichen Zweck gewählt, eine Verfassung zu machen und Frieden zu schließen. Sie ist verpflichtet, nach Erfüllung dieser Aufgaben schleunigst auseinanderzugehen. Es

Wohl nach dem Weygen der Logik, wie des Rechts ist das selbstverständlich, und so ist es auch bisher stets in allen Ländern gehandhabt worden. Auch bei der ersten konstituierenden Versammlung des Deutschen Reiches, nämlich beim Norddeutschen Bund, ist 1867 unter Bismarck so verfahren worden. Allerdings, das glorreiche Vorbild für die deutsche Nationalversammlung von 1919, nämlich die französische Nationalversammlung und Kommuneverfolgerin von 1871, hat ebenfalls jahrelang getagt. Sie besaß aber die Vorsicht, die Verfassungsdebatten jahrelang zu verschleppen, so daß sie einen Vorwand für ihre Weitertragung hatte. Wenn aber die deutsche Nationalversammlung nach Erledigung der Verfassung weiter tagt, so handelt es sich hier um einen offenen Staatsstreich und auch um eine klare Verletzung der „formalen Demokratie“, auf die sich die Regierungsparteien, insbesondere die Rechtssozialisten, immer berufen.

Auf diese Herren und ihre Führer, Ebert und Noske, wird jedoch der Nachweis der offensiblen Verfassungswidrigkeit wenig Eindruck machen. Denn sie können mit Recht sagen, daß sie die deutsche Verfassung nach Vorfälle auf ihrer Seite haben, nämlich die Macht, in Form der Reichswehr und deren Kanonen.

Es entsteht nun die Frage, was die Opposition gegenüber diesem Staatsstreichversuch zu tun hätte. Zunächst gleichfalls gemäß den Vorkriegsgrundsätzen „Ausprechen, was ist“, Värm schlagen und das Volk darauf aufmerksam machen, daß es um kein Recht betrogen werden soll. Sie zwingt auf diese Weise die Regierung, Farbe zu bekennen. Sie muß deutlich erklären, ob sie diesem unerhörten Zustande ein Ende bereiten und die Neuwahlen sofort, jedenfalls spätestens noch in diesem Jahre, vorzunehmen gedenkt. Die weitere Taktik der Opposition würde dann von der Antwort der Regierung abhängen.

Man muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Nationalversammlung selbst ihr Mandat vom ersten Weiskongress erhalten hat, der auch die Regierung der „Vollbeauftragten“ erst bestätigte. Regierung und Nationalversammlung haben jedoch in jeder Beziehung ihre Kompetenzen überschritten, indem sie die anderen Beschlüsse des Weiskongresses, obgleich dieser doch fast ganz unter dem Einfluß der Scheidemänner stand, völlig mißachtet hat. Vor allem sind hier die Hamburger Punkte zu erwähnen, die das Seerwesen demokratisieren und die Rechte des Volkes sichern sollten. Statt dessen ist der Noske-Militarismus ausgerichtet worden, sind alle Volksrechte mit Füßen getreten und insbesondere der Ursprung ihrer Macht, die Wäite, so gut wie beseitigt worden.

Es gilt nun, in die arbeitenden Massen den Gedanken einzunutzen, daß sie der eigentliche Souverän sind, daß es nicht genug ist, daß sie einmal in Jahren wählen und daß dann die gewählte Körperschaft nach Belieben schalten und walten kann. Nein, die Massen müssen ständig aktiv in die Politik eingreifen. Dieser Gedanke muß lebendiges Bewußtsein bei den Massen werden. Dann werden sich die Mittel von selbst ergeben, die anzuwenden sind, um den Willen und das Interesse des arbeitenden Volkes zur Geltung zu bringen.

## Der Friedensvertrag für Oesterreich.

### Die Schriftstücke der Friedenskonferenz.

Saint Germain, 2. September.

Haut Redung des Wiener Delegations-Vorsitzenden überreichte der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, dem Staatskanzler Dr. Renner im Auftrag der Kommission die Antwort der Friedenskonferenz. Das vorgelegte Vorhaben gliedert sich in sechs Schriftstücke auf:

1. einen Geleitbrief des Präsidenten Clemenceau an den Leiter der Oesterreichischen Friedensdelegation,
2. die Antwort der Alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der Oesterreichischen Abordnung,
3. den endgültigen Text der Friedensbedingungen.

## Skizzen aus dem Kriege.

Von Will-Erich Peukert.

### 1. Die Belgierin.

Unter den Furen befanden sich auch Weiber, die man aus Belgien fortgeschleppt und hier verkommen ließ.

Sie lagen in armseligen Quartieren an der Wogstjeja, deren schmutzige Wände den Ort vollends verpesteten. Sie lebten nur von etwas Brot und Mäben. Fast jede Woche starben welche, die andern mühten sie dann verscharrten. In ihren Augen stand das ganze Elend der Verbannung, ihre Leiber verdorrten, — es war entsetzlich, ihnen zu begegnen.

Das war auch nur der Grund, warum sie keine Männer fanden, obwohl doch sonst in dieser Stadt die Weiber so rar gingen, daß sich nach kurzer Zeit schon keine einzige mehr fand, die noch auf ihre Unberührtheit pochen konnte.

Die Arbeit welche man vor diesen Belgierinnen verlangte, war über alle Maßen schwer: die Hälfte von ihnen verreckte infolge dessen in den breiteren Schlämmpfützen, den Rest warf man hierher.

Zunächst eines O.A.M.-Befehls lagen sie drauhen, jenseits der Stadt, und zwar so weit von ihr entfernt, daß sie mit niemand in Verbindung kamen. Nur einzelne Kommandos wickelten davon, und die paar Mann, durch die man sie bewachen und an die Arbeit treiben ließ. Wer den andern hielt man es verboden, weil man befürchtete, es könnte sonst die Gah- und Nachschimpfung (Schimpfen!) nachlassen oder sich ganz verlieren. Nachdem erfahren sie zuweilen Geschichten, durch die das Weiberelend zu einer halb legendären Größe wuchs.

Gewöhnlich geschah das dann, wenn eine Wache abgelöst und in die Pumpgrube zurückgeschleppt wurde.

Regären sind Euch das! — versuchte. Ich sage Euch — Wie Damen wollen sie behandelt sein! — Aber wir haben ihnen was! Das pakte gerade: — da sind die doch dabei, die bilden unfertig die Wuger ausgefressen haben! — Den Kolben haben wir genommen und dann bloß rein in diese Unter!

Dreißig haben wir mal auf einen Aus erschossen! Das war ja bloß noch Krier zwischen den Weibern und uns Männern! — Einmal ist einer von der Wache weg zu ihnen in die Zell gekrochen! Erst haben sie sich nicht gerührt, dann aber, als er gerade bei der Arbeit war, da sind sie angekommen und haben ihn gepackt. — Die Tade in kein Maul, daß er nicht schreien könnte. — so haben sie ihn abgeschlachtet!

Gerade wie ein Schwein! Und haben dazu getanzt, gesungen, — rein wie Betrübte, — während der Kerl noch lebte. Er hat am andern Morgen noch gelebt.

Nachdem ein Sonntag eine Belgierin. Sie glitzerte und hefte zugleich von Gah und Angst. Er sah sie an ihren Knie und fragte:

1. ein Zufahrtprotokoll, das die in dem früheren Memorandum enthaltenen Bestimmungen wiederholt.

2. eine Erklärung betr. die Erteilung von Ausfuhren über verpackte Schiffe, und

3. eine besondere Erklärung betr. die Aus-, Ein- und Durchfuhrbeschränkungen zwischen Oesterreich und Ungarn.

General Dutasta überreichte die einzelnen Stücke mit kurzen Erklärungen und legte sodann eine Verhandlungsschrift vor, in der der Empfang dieser Schriftstücke vom Staatskanzler bestätigt wurde. Hierauf teilte der Generalsekretär mit, daß die Mächte zur Beantwortung eine Frist von fünf Tagen in Aussicht nahmen, und ersuchte den Kanzler, sich zu dieser Friststellung zu äußern. Der Kanzler erklärte, daß die Schwierigkeit der Verbindung und die große Entfernung und vor allem die parlamentarischen Verhandlungen die Einhaltung dieser Frist unmöglich erscheinen lassen. Der Kanzler werde sich genötigt sehen, von Wien aus je nach dem Verlauf der Dinge wegen einer Fristverlängerung vorstellig zu werden.

Gleich mit dem offiziellen Exemplar übernahm die Oesterreichische Delegation 18 weitere Stücke des Friedensvertrages. Nach der Ueberreichung kehrte die Oesterreichische Abordnung im Automobil in ihre Quartiere zurück.

Aus dem Inhalt des Friedensvertrages ist im wesentlichen gegenüber der Fassung vom 20. Juli folgendes hervorzuhellen:

### Politische und militärische Bestimmungen.

Deutsch-Oesterreich wird nur unter dem Namen „Republik Oesterreich“ anerkannt.

Bezüglich der Grenzbestimmungen wurde den nachdrücklichen Gegenvorstellungen der Friedensdelegation nicht Rechnung getragen. Eine Veränderung wurde nur insofern gestanden, als die Stadt Maderburg und die am linken Ufer gelegene Gemeinde Steiermark bei Deutsch-Oesterreich bleiben. Bestimmungen über die Volksabstimmung in der schon bekannten Abgrenzung Deutsch-Oesterreich zugesprochen, weil der Volkscharakter und das Nationalempfinden den Anschluß unabweislich erscheinen.

In bezug auf die Staatsbürgerschaftsrechte wurden insoweit Veränderungen vorgenommen, als die verworrenen Bestimmungen in den einzelnen, die verschiedenen Staaten betreffenden Abschnitten, zusammengefaßt worden sind.

In den Vorschriften über den Minoritätenschutz sind die direkten Forderungen gegen die bisherigen Verfassungsverträge weggelassen. Die Bestimmungen über die Beteiligung sprachlicher oder religiöser Minderheiten an den Genüssen öffentlicher Mittel bleiben unverändert.

Nach den militärischen Bestimmungen wird an der Verpflichtung zur Haltung eines Söldnerheeres und zur Abschaffung jeder obligatorischen Wehrpflicht festgehalten. Bezüglich der Waffenfabrikation wird die Herstellung von Jagdwaffen freigegeben. Die Verpflichtung zur Ablieferung, Herstellung, Entwertung, sowie zu einer bestimmten Art der Verwendung und Benutzung von Seeschiffahrtsortteilen wird auf jene Artikel beschränkt, die sich auf deutsch-Oesterreichischem Gebiet befinden. Eine allgemeine, neu angenommene Bestimmung erklärt die Unabhängigkeit Oesterreichs für unantastbar, außer mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes. Oesterreich muß sich ohne Zustimmung des Völkerbundes jeder Handlung enthalten, die seine Unabhängigkeit direkt oder indirekt, auf welchem Wege immer, beeinträchtigt. Insbesondere hat Oesterreich bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes nicht an den Angelegenheiten einer anderen Macht teilzunehmen.

### Wirtschaftliche und finanzielle Bestimmungen.

Das Begleichschreiben enthält die Erklärung, daß die Reparationskommission ermächtigt wird, der Sektion, die für die aus der Anwendung des Vertrages entstehenden Spezialfragen einzugeht, Vorschläge zu ermitteln, die sie für angemessen findet. Der Sitz der Sektion wird Wien sein. Die deutsch-Oesterreichische Regierung wird in ihr durch einen Kommissar vertreten, der kein Stimmrecht hat.

In dem Abschnitt: Reparationen sind keine wesentlichen Änderungen enthalten. In der Fassung ist darauf hingewiesen, daß keine Reparationssumme bestimmt und der Reparationskommission freie Hand gegeben sei, um die deutsch-Oesterreichische Republik zu schonen, deren geänderte Regierungsformen die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen erleichtere. Die Bestimmungen, daß Vieh abzuliefern ist, wird mit der Begründung aufrecht erhalten, daß aus entfernteren Gebieten Deutsch-Oesterreichs Vieh ohne starke Wirkung auf die

ungerechtere Wiener Versorgung abgefordert werden könne. Die italienische Regierung erklärt sich für die von der italienischen Militärmission nach dem Waffenstillstand beschlagnahmten Sammlungsobjekte zurückzugeben, insoweit sie nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht an Italien fallen würden.

## Die Schuldfrage.

### Die Pazifisten und die Regierung.

Der Rat des Internationalen Friedensbureaus, der am Sonntag und Montag in Bern tagte, hat in einer Resolution den deutschen Friedenslangreih, der vor mehreren Wochen in Berlin stattfand, dazu beglückwünscht, daß er die Verantwortung Deutschlands und Oesterreichs am Ausbruch des Weltkrieges zugegeben und die dem deutschen Völkern zur Last gelegten Ausschreitungen verurteilt hat. Es wird zugleich behauptet, daß einzelne Pazifisten anderen Anschauungen bedauerliche Zugehörigkeiten gemacht hätten.

Ueber die Ursachen des Weltkrieges und die Verantwortung liegt am Kriege sah die Rat seine Ansichten dahin zusammen, daß alle Völker, besonders die großen, ihren größeren Teil der Verantwortung hätten. Aber Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland und die Türkei hätten durch die Unterdrückung der nationalen Minderheiten, Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch eine zweimalige Gefährdung des Erfolges der Friedenskonferenz und schließlich Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland dadurch, daß sie den militärischen Schritten eine fast unbeschränkte politische Macht einräumten, einen überwiegenden Anteil an den allgemeinen Ursachen des Krieges auf sich geladen. Ueberdies wären die allgemeinen Ursachen des Krieges wirkungslos geblieben, wenn nicht besondere Willensentschlüsse, die aus voller Ueberlegung gefaßt wurden, den Ausbruch der Katastrophe herbeigeführt hätten. In dieser Beziehung habe Oesterreich-Ungarn dadurch, daß es sich ein Ultimatum zugehen ließ, dessen Unannehmbarkeit es wollte und wußte, und daß es eine schiedsgerichtliche Entscheidung ablehnte, und habe auch Deutschland dadurch, daß es in den entscheidenden Tagen das Wiener Kabinett rückhaltlos unterstützte und an Rußland und Frankreich den Krieg erklärte, eine Verantwortung für den Krieg auf sich geladen.

Hierzu wird von „zuständiger Stelle“, also wohl von der Regierung, bemerkt: Die wahren pazifistischen Grundfragen, denen der Rat des Internationalen Friedensbureaus spricht, werden doch wohl, daß gegen jedes Volk unparteiische Gerechtigkeit geübt werde. Nur eine unparteiische Untersuchungskommission, der alle Archive zugänglich sind, und vor der beide Parteien gleichmäßig zu Worte kommen, könnte, wie es in dem deutschen Weiskongress betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges heißt, den Versuch wagen, ein Urteil darüber zu fällen, welches Maß von Verantwortung jeder einzelnen Regierung, an der von allen Völkern gefürchteten Kriegskatastrophe beizumessen ist. Von deutscher Seite wird, wie vielfach schon betont worden ist, alles geschehen, um das in den deutschen Archiven vorhandene Material der Lösung der Fragen, um die es sich hier handelt, dienlich zu machen. Der Rat des Internationalen Friedensbureaus aber schließt sich jetzt schon ein hoch dem Urteil an, das die Entente gefaßt hat, die doch in der Frage der Verantwortlichkeit selber Partei ist! Ob dieses Verfahren den wahren pazifistischen Grundfragen entspricht, darüber wird wohl getritten werden, und ebenso über die Frage, ob jene deutschen Pazifisten, die sich Deutschland gegenüber auf dem Standpunkt gestellt haben, von dem aus die Entente ihm den Versailler Frieden diktiert hat, Anhalt haben, auf den Glückwunsch des Rates des Internationalen Friedensbureaus stolz zu sein.

Die deutsche Regierung legt mit ihren Bemerkungen zu der Resolution des pazifistischen Rats ihre zweideutige Politik in der Frage der Schuld am Kriege fort. Man wird nicht sagen können, daß diese Resolution Deutschland gegenüber ungerecht ist und sich, wie die „zuständige Stelle“ behauptet, einseitig den Darstellungen, die von der Entente ausgegangen sind, angeschlossen hat. Es wird darin ausgesprochen, daß alle Völker am Ausbruch des Weltkrieges schuld sind, daß aber die Hauptschuld daran die Mittelmächte und Rußland tragen, daß schließlich aber Oesterreich-Ungarn durch seine Gewaltpolitik gegenüber Serbien, und

Warum hat man euch denn hierher gebracht?

Ich weiß nicht. —

Wer war es?

Ich, — der Kaiser. — Sie sprach das Wort mit einem Cossak, über alles Menschliche hinauswuchs

Hattest du Kinder?

Ja.

Wo sind sie denn?

Ich weiß nicht.

Und sonst?

Ich weiß nicht.

Dürft Ihr nicht schreiben?

Nein. —

Man hat euch in den Arbeitsdienst gestellt?

Und als sie ihn erschreckt ansah — Ich werde dich nicht veraten!

Wo sind die andern?

Tot.

Bringt man euch denn nicht Helm?

Sie guckte nur die Achseln.

Und jetzt —?

Wir hungern. —

Sie hätte mit demselben Ton auch sagen können: Es wird heut' abend schneien! — Oder: Sie haben Ihre Stiefel beschmutzt, mein Herr!

Komm mit hinaus, — ich werde dir Brot geben.

Sie überwand sich, — ihr Hunger war doch vielleicht noch stärker als ihr wohnsinniger Gah — und folgte ihm. Die Kameraden, denen er unterwegs begegnete, riefen ihn an: Hast du denn keine bessere gefunden als so ne alte Gule?

Er ließ sich nicht beirren.

Sie folgte ihm wie ein Hund. — Nur einmal sagte sie: Morgen schiedt man uns ab!

Und als er schweigend weiter ging: In eine andere Stadt, — hierhin, dorthin, — bis wir sterben! —

An dem Stad' Brot, das er ihr gab, fraß sie wie ein vergerietes Tier.

### 2. Die Clappe.

Sie hatten den größten Teil von ihren Vorräten an die Arme abgeben müssen, — der Rest, der dann für sie noch blieb, reichte nicht aus, sie auch nur für ein einziges Mal am Tage satt zu machen. So starben sie wie die Fliegen. Von Zeit zu Zeit brach Typhus oder eine andere Seuche aus, die sie noch zehrte. Dann trieb man sie zusammen, wie eine Herde Rind und impfte sie,

Wahrscheinlich wäre es hier nie völlig still geworden, und Rußland hätte sich an Rußland angetrieben, wenn sie nur noch die Kraft dazu besessen hätten. So aber ließen sie, verkommen und halb todt, alles mit sich geschehen. Die Deutschen nahmen ihnen ihre letzten Reste weg, damit sie große Pakete nach Hause schicken konnten, damit die kaiserlichen Prinzen Büge mit Probiant stopfen konnten.

Das machte, weil sie sich nicht mehr zu helfen wußten. — Sie standen betelnd vor den Zelten und ahnen Gunde- oder Nahrungsfleisch, ja, manche konnten nur noch Motten.

Es gab nur eine Rettung: Entlohnung und Prostitution an die Soldaten. So konnten sich Mädchen oder Weiber helfen: — die Männer aber lebten vor dem, was ihre Mütter oder Frauen nach Hause brachten. — Es hatte sich ein Wertsystem gebildet, nach dem man sie bezogte: am höchsten standen die eben reifen Mädchen bis etwa 18 Jahre, dann die bis 20, weniger galten schon die im Alter zwischen 20 und 30, während die über 30 nur noch als solchen Orten Zutritt fanden, an denen bei der Ueberbürdung durch Soldaten die Weiber mangelten. So war es beispielsweise auch in Liba und darum wurde alles genommen, was sich anbieten selbst Greisinnen von 60 Jahren und darüber.

Es war das Ende eines ganzen Landes. Binnen zwei Monaten gab es nicht mehr, was noch der Rede wert gewesen wäre, als in den dunklen Elend, auf Strahlen und in Wasser verburte Mädchen und dazwischen Schutt und Asche, zerfallene Häuser, Hunger, Seuchen, Bedrückung, Qual und Tod.

Darum war niemand schuld, die Deutschen nicht und auch das Land nicht. Das hatte vielmehr am letzten Juli 14 eingeschleppt und nie mehr nachgelassen — und hörte nie mehr auf. Es war der Krieg, der sie verdrängte, wie er Deutschland verdrängte. — Folgte nur noch die letzte Hölle nach, — das Chaos und das Ende.

### 3. Der russische Epton.

Ein anderes Elend war, daß sie kein Buch bekommen konnten, ja, überhaupt kein Blatt Gedrucktes, außer den Lügenmärchen der Friedensnachrichten. Johannes hatte eine russische Grammatik mitgenommen, und das war alles, was er besaß. Den andern ging es ebenso. So kam es, daß sie jeden Freigen, auf dem sie Schrift entbeden, aufhoben und ihn lasen, so lange lasen, bis er zerriß.

Er schrieb in jedem seiner Briefe um Bücher, aber die sie bekommen konnten, trat etwas ein, was ihn aus allen Zuegen rart und einen Blick in seinem Leben bedeutete.

Landstand durch deren rückhaltlose Unterstützung die letzte Verantwortung für den Kriegsausbruch auf sich geladen haben. Darüber gibt es wohl keinen Zweifel mehr und die deutsche Regierung sollte es deshalb unterlassen, sich noch immer für die Ehrenrettung des wilhelminischen Regimes einzusetzen. Sie verstärkt damit nur den Eindruck im Ausland, daß die Regierung der Revolution nur die Forderung der kaiserlichen Regierung ist.

Wenn es der deutschen Regierung wirklich darum zu tun wäre, die Schuldfrage ihrer endgültigen Lösung auszuweichen, so sollte sie endlich alle Dokumente, die mit dem Kriegsausbruch zusammenhängen, bekanntgeben. Aber gerade das will sie nicht. Die Arbeit, die Genosse Hauptmann mit der Ordnung des Materials geleistet hat, ist noch immer unberücksichtigt geblieben, die Regierung bestrebt sich nicht daran, die deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Schon davon erkennt man, wie wenig ernst es ihr um die Feststellung der Wahrheit in der Schuldfrage ist.

### Herr Heine, der Demokrat.

Aus Schmalkalden wird uns geschrieben: Die deutschen Sozialisten verzichteten in der Praxis auf manches Stück Sozialismus, angeblich, weil sie die Demokratie hochhalten und über alles andere stellen. Diese Hochachtung vor der Demokratie haben sie aber nur so lange, wie sie als ihre Richtschnur auftreten können. Es will ihnen nicht auf die Demokratie.

Der Reichstag des preussischen Kreises Schmalkalden hatte am 1. Juli d. J. mit 13 gegen 6 Stimmen den Genossen Ewald Vogtler, Berlin, zum Landtag gewählt. Dieser Beschluß stellt, das will die Regierung, auch den Willen der großen Mehrheit der Kreisbewohner dar, denn der Reichstag war kurz zuvor auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt worden. Da obendrein die Landtagsstelle zur Zeit nicht besetzt ist, sondern provisorisch verbleiben muß, hätte die Wahl sofort beschlüssigt werden können. Dazu kommt noch, daß Herr Heine, der preussische Innenminister und würdige Nachfolger eines Putschlers, auf dem Weltmar-Versteigerung der Rechtssozialisten erklärte, als man ihm vorwarf, daß die Verwaltung nach wie vor in Händen der alten Reaktionskräfte sei, daß er nur auf Vorschläge warte und sich nach solchen direkt oder indirekt um neue Männer einzusetzen. Solch einen Vorschlag hat er von Schmalkalden bekommen. Der von dem Schmalkaldener Kreis an vorgeschlagene Genosse Vogtler ist zweifellos für den besagten Posten wohl befähigt. Aber bestätigt wird er nicht. Regierung und Kreislandtag haben nach der Wahl zu der Frage wiederholt Stellung genommen und die Verfestigung verlangt; telegraphisch, telephonisch, sogar telephonisch bei dem Personalreferenten. Nichts, die Verfestigung bleibt aus. Man hat aber aneinander auch nicht den Mut, die Wahl abzulehnen, da man genau weiß, daß eine erneute Wahl doch daselbe Ergebnis haben würde.

### Monarchistische Bestechungsversuche.

Der Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II. verleiht ein Flugblatt, in dem erklärt wird, daß die Auslieferung der Oerführer, U. Wootskommandanten u. a. mit allen Mitteln zu hinter- und zu verhindern ist. Aus diesem Anlaß wird zur Gründung einer „Freiwilligen“ aufgerufen, an denen sich jeder mit beliebigen Zuwendungen wenden kann.

Die hervorragendste Tätigkeit des Bundes scheint die Einzahlung von Geldmitteln zu sein, mit deren Hilfe die Presse zur monarchistischen Propaganda be- und benutzt werden soll. Doch man dabei nicht inauferig verfährt, zeigt die Stelle aus einem Briefe des Vorsitzenden des Bundes, Hauptmann Dering an Görlitz:

„Das Berliner Tageblatt“ verlangt 3 B. für diesen Aufruf 1450 M., was mir allerdings zu teuer gewesen ist. Obwohl ich im Zweifel bin, ob sich diese Ausgaben nicht rechtfertigen würden, schon deswegen, weil das Ausland dieses Schweineblatt sicher zu Gesicht bekommen wird.“

Interessant ist an dieser offenberzigen Auslassung ein-

mal, daß man für seine Zwecke auch das gegenröschliche „Schweineblatt“ benutzt, zum andern, daß das demokratisch-republikanische „Berliner Tageblatt“ für schweres Geld auch geneigt ist, monarchistische Aufrufe aufzunehmen.

### Rundgebungen in Mitteldeutschland.

In allen größeren Orten Mitteldeutschlands, so in Halle, Eisleben, Bitterfeld, Sangerhausen, Zeitz, Weißenfels, Merseburg und in vielen anderen Städten, auch in Anhalt, wurden am vergangenen Sonntag und Sonntag Versammlungen abgehalten, in denen die Arbeiterschaft gegen die immer frecher auftretende Reaktion Stellung nahm. Die Protestresolution der Berliner Arbeiterschaft wurde überall einstimmig angenommen. Die Versammlungen bewiesen, daß die mitteldeutsche Arbeiterschaft nach wie vor geschlossen hinter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei steht und alle rechtssozialistischen und kommunistischen Versplitterungsversuche ablehnt. In Anhalt, das jetzt zum Agitationsbezirk Halle gehört, haben die Rechtssozialisten stark an Boden verloren und auch dort wird binnen kurzem unsere Partei die Massen im sozialistischen Geiste gewinnen können.

### Die Freiheit der Presse.

Unser Glauezer Parteiorgan, die „Volksgesundung für das Vogtland“, erhielt am Sonntag ein Schreiben des Militärbezirks-Habers für Sachsen, gezeichnet Müller, in dem sie gewarnt wird, weiter die Verdüsterung ihrer zu führen und zu Gewalttätigkeiten gegen den demokratischen Staat aufzureizen, andernfalls die „schärfsten Maßnahmen“ ergreifen würden. Wegen eines aus der „Freien Jugend“ abgedruckten Artikels gegen den Militarismus ist Strafandrohung gestellt worden.

Wir wundern uns über diese neue Illustration der Pressefreiheit nicht mehr. Nur die Behauptung, unsere Organe reizten die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten auf, klingt im Munde des Mannes etwas sonderbar, der vor wenigen Wochen die militärischen Operationen gegen die Chemnitzer Einwohnerschaft geleitet hat.

### Die Schubhasthande.

In Chemnitz wurde vor einigen Tagen die Frau eines Chemnitzer Kommunisten in Schubhast genommen, unmittelbar nachdem ihr Mann verhaftet und nach der Festung Königstein transportiert worden war. Frau Riber — so ist ihr Name — hat zwei Kinder im Alter von 2 Jahren und 1/2 Jahr. Sie wurde zunächst wieder freigelassen, am Sonntag aber desin. als verhaftet und nach der Festung Königstein gebracht. Die Kinder wurden ins Waisenhaus gebracht. Das einzige der Frau zur Last zu legenden Verbrechen heißt darin, daß sie Vertrauensperson der kommunistischen Partei ist. — In der Nacht zum Dienstag wurde der Genosse Koppmann in seinem Garten verhaftet und fortgeschleppt. Die sich ängstigende Familie zu benachrichtigen, hielt man nicht für notwendig.

### Zur Verhaftung von Tiedt.

Wir berichteten bereits, daß der Vorsitzende des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten, Karl Tiedt, am Montag vormittag verhaftet worden ist. Wie die „B. B. N.“ melden, sei der Grund zur Verhaftung ein Demonstrationszug der Kriegsbeschädigten am 23. August unter den Linden gewesen, den Tiedt geführt habe, obwohl unter dem Verbot der Kriegsbeschädigten mit Schubhast geahndet wird, während die Verantwortlichen der monarchistischen Rundgebungen in Berlin nach wie vor frei herumlaufen. Oder sollte zu diesen Veranstaltungen die Einwilligung der Regierung vorhanden gewesen sein?

Werkwürdig ist, daß die Ueberschreitung dieses Verbots bei Kriegsbeschädigten mit Schubhast geahndet wird, während die Verantwortlichen der monarchistischen Rundgebungen in Berlin nach wie vor frei herumlaufen. Oder sollte zu diesen Veranstaltungen die Einwilligung der Regierung vorhanden gewesen sein?

Kaufmann des portugiesischen Parlaments. Nach einer Einzahlung hat der portugiesische Senat mit 10 gegen 17 Stimmen die Auflösung des Parlaments noch vorangegangener Beratung des parlamentarischen Notes gutgeheißen.

### Das Programm der Staatsoper.

Der neue Intendant der Berliner Opernhäuser, Herr v. Schilling, hielt bei der Einführung in sein Amt eine Ansprache an die Künstler und Angestellten der Bühne, in der er sagte: „Ueber ein Programm, wie es mir vorliegt, möchte ich Ihnen nur andeuten: Die stehende Opernbühne der Metropoli — man wird vergeblich gegen den Vortrang Berlins Sturm laufen — muß sich zur Pflege der Kunst in deutschem Sinne bekennen. Die unwergänglichen Werke unserer heimischen Meister sollen mit besonderer Sorgfalt gepflegt werden. Die erste deutsche Bühne soll aber auch neben Weisern der Gegenwart den Verdenden und Angenden geöffnet sein. Hat demnach der Epitaph in deutschen Werken seine vornehmliche Stütze zu finden, so wollen wir andererseits wieder in vollen künstlerischen Wettbewerb mit den anderen Kulturstätten eintreten; auf künstlerischem Gebiet sei der Frieden eintätigt. Was wir in einem langsam gepflegten, vielseitigen Epitaph in zielbewusstem Aufbau Gutes herauszubringen hoffen, soll nach Möglichkeit von einer Staatsoper (dieses Kommen hoffen wir bald offiziell führen zu dürfen) allen Volksteilen zugänglich gemacht werden. Die unergänzlichen Kosten des Opernbetriebes, für den es notwendig nur ein ungenügend großer Raum zur Verfügung steht, machen eine Popularisierung der Aufführungen im Sinne wohlgemeint, aber nicht genügend mit harten wirtschaftlichen Tatsachen rechnender Wünsche in welchem Umfang leider noch unmöglich. Doch wird in dieser Hinsicht alles in den Grenzen des kurzen Erreichbaren angestrebt.“ Dieses Streben des Herrn v. Schilling wird von den Arbeiterbildungsorganisationen auf das nachdrücklichste unterstützt werden.

Das internationale Komitee der sozialistischen Studenten in Genf erklärt in einem offenen Brief an Henry Barbusse unter anderem: „Die internationale Vereinigung der sozialistischen, sozialistisch-revolutionären und kommunistischen Studenten richtet an Sie ihren brüderlichen Gruß und schlägt Ihnen ein enges Zusammenarbeiten auf den Gebieten des Sozialismus und des Internationalismus vor. Der erste Kongreß unserer Vereinigung wird in Genf vom 14. bis zum 17. Dezember dieses Jahres stattfinden. 18 Nationen haben uns schon ihre Beteiligung zugesagt und werden Delegierte entsenden, die im ganzen mehr als 20000 Studenten vertreten werden. Wie die Internationale des Weltes wollen wir eine Autorität werden, die stark genug sein soll, um von den Verbänden gehört zu werden und der kommenden sozial-

### Gewerkschaftliches.

Funktionärsversammlung der Angestellten in der Metall- und Elektroindustrie. Die am Dienstag abend in den Winterjahren stattgefundene Funktionärsversammlung der Sektionen Metall- und Elektroindustrie des Zentralverbandes der Metall- und Elektroindustrie des Verbandes der Bureauangestellten beschäftigte sich mit dem in Aussicht stehenden Tarif. Wie der Kollege Platauer mitteilte, handelte es sich jetzt nur um den Beginn des Vertrags. Trotzdem mit den Arbeitgebern vereinbart war, die Zahlen vorläufig noch geheim zu halten, sind dieselben schon in allen Betrieben bekannt und zwar auf Betreiben der Unternehmer und des gelben Gewerkschaftsbundes. Daraus referierte Kollege Körte über den geplanten Ausbau der Organisation. Infolge des plötzlichen ungeheuren Anwachsendes der freien Gewerkschaften durch die Revolution sei es bis jetzt technisch unmöglich gewesen, allen Anforderungen einer modernen Organisation gerecht zu werden. Es wurde dann aus den einzelnen Fachgruppen eine provisorische

### Groß-Berlin.

#### Wohnungswesen und Fahrpreise.

Eine großzügige Wohnungsreform in Groß-Berlin ist nur möglich, wenn der Verkehr zwischen Berlin und seinen Vororten gut und billig ist. Berlin ist mit den Vororten eine wirtschaftliche Einheit und deswegen soll es endlich auch kommunalpolitisch unter einen Hut gebracht werden. Dazu gehört, daß die Verkehrsverbindungen günstige sein müssen. Es wird nun berichtet, daß durch die allgemein geplante Erhöhung der Eisenbahntarife, auch der Vorortverkehr sowie der Verkehr auf der Stadt- und Ringbahn von der Verkehrsverteuerung betroffen werden soll.

Und das in einer Zeit, in der die Wohnungsnot steigt und die Regierung Mittel bereitstellt zum Bau von Wohnungen in Groß-Berlin. Andererseits werden die Fahrpreise so verteuert, daß die Erreichung eines Vororts und das Wohnen daselbst immer mehr erschwert werden soll. Schon heute sind die Verkehrsverhältnisse trübselig und die Klagen über schlechte Beförderung reifen nicht ab. Es muß deshalb heute schon gegen diese rein fiskalische Maßregel entschieden Einspruch erhoben werden. Was auf der einen Seite gewonnen wird, richtet auf der anderen Seite volkswirtschaftlich den größten Schaden an.

Steigerung und Verbilligung des Verkehrs und nicht Einschränkung und Verteuerung muß gefordert werden.

Es ist gut, daß der Straßenbahnverkehr in die öffentliche Hand kommt; die Straßen sollen binnen kurzem ebenfalls vom Zweckverband übernommen werden. Damit bietet sich Gelegenheit, bei einem wirklichen Groß-Berlin, das hoffentlich bald kommt, nach Möglichkeit das Straßenbahnnetz bis weit in die Vororte hinauszuschleppen. Aber der Staat oder das Reich mit den Eisenbahnen darf dieser Entwicklung nicht im Wege stehen. Und das geschieht durch Verteuerung der Fahrpreise.

#### Im neuen Deutschland.

In Herzberg, Kreis Ruppin, waren am Sonntag früh auf dem Bahnhofe zwei Männer festgenommen worden, die im Verdacht standen, einen Wäschdiebstahl ausgeführt zu haben. Sie wurden nach dem Arrestal gebracht. Die Zugänge zu den Zellen sind durch von der Straße aus. Gegen Mittag erschien der Amtsdirektor in der Uniform der preussischen Gendarmerie, mit einem mächtigen Revolver umgürtet, und führte den Criminalen im Ort der Arrestanten zu. Beide, der Amtsdirektor mit gezogenem Revolver, betreten die Zelle. Bald bröckelte die große Stämme des Seeliger, weit über den Platz hin vernehmbar: „Wie können Sie ein solches Verbrechen begehen? Der Mann protestierte, er wäre kein Verbrecher, aber der Seeliger ließ sich nicht beirren: „Was Sie wollen noch leugnen? Wollen Sie in die ewige Verdammnis fahren? Rechnen Sie um zu Ihrem

Wirklichen Gesellschaft eine Stütze zu sein. Wir haben ein sozialistisches pädagogisches Programm, das wir verwirklichen wollen und das als Mittel der Aufklärung über die vorgeschlagenen und angenommenen Reformen das System der Studentenrie vorzieht. So wie es schon seit mehreren Jahren in Deutschland und der Schweiz besteht. Unser Anatole France hat gesagt: „Die Erziehung wandelt den Menschen ebenso sehr oder vielleicht mehr als Lust und Nahrung.“ Und wir glauben, daß die soziale Frage ebenso wie ungewissheit mit ökonomischen so auch sehr weitgehend mit pädagogischen Fragen unauflöslich zusammenhängt. Wir wollen denn auch das Uebel an der Wurzel fassen, an der Schule. Die Internationale des Weltes verfolgt Ziele, die mit den unseren beinahe identisch sind. Wir müssen zuerst die internationale Vereinigung der wirklich sozialistischen und der kommunistischen Studenten fest organisieren und ein permanentes Komitee schaffen, das das gute Arbeiten der Internationale sichert. Sobald dieses Komitee konstituiert sein wird, wird es den Komitees der 2. und 3. Internationale, der sozialistischen Internationale, der Internationale der sozialistischen Jugendgruppen und der Internationale des Weltes vorschlagen, an einen zu bestimmenden Ort Delegierte zu entsenden, die ihrerseits über die Gründung eines Zentralbureaus, das dauernd zusammenbleiben soll, beschließen sollen. Die Reform und Internationalisierung der Geschichtswissenschaft als einer Wissenschaft von der Gesellschaft, Internationalisierung und völlige Unentgeltlichkeit aller Schul- und Hochschulunterrichts, Schaffung von dauernden Volkshochschulen, Volks-theatern, Volksbibliotheken usw. werden als besonders wichtige Programmpunkte in dem Aufruf noch hervorgehoben.

„Liebesgäuber“ heißt die neue Operette von Oskar Strauß, die gestern in der Komischen Oper die „Schwergoldmadel“ ablöste. Ein Erfolg von goldener Jahresdauer dürfte ihr kaum beschieden sein; dazu ist schon das belanglose Textbuch von Viktor Leon zu schwach und mager. Auch die Musik bewegt sich in hergebrachten Bahnen, ist im ersten Akt, feiner, in den beiden folgenden gröber, dafür aber mit einigen „durchschlagenden“ Tangos und einflussvoller Instrumentation gearbeitet. Die Aufführung unter Leitung vom Direktor Carl, dirigiert vom Komponisten, hielt sich mit Dore Zug und Gustav Jahoda in den Hauptrollen auf mittlerer Höhe. Offenbar wird die „Komische Oper“ aus ihrem Operettengäuber bald erwachen und sich auf ihre künstlerische Vergangenheit besinnen.

Man hatte sie an einem Freitag Morgen hinausgeschickt, um einen russischen Epion zu iden. Es war ein Moskauer Student, Heine, hager, und in Augen, verklärten Schar, mit einem wilden, kranken Gesicht im Gesicht. Er hatte sich bei Nacht durch die Korridore gehoben und war nun (schon hinter Türe), von einem Bediensteten aufgefaßt worden. Aus Briefen und Papieren, welche er bei sich trug, erntete man, daß er bei Orosno eine Briefe hatte sprengen sollen. Sein Zeugnis hätte ihm natürlich nichts er wurde als überführt erachtet und in derselben Sitzung verurteilt.

Die Hinrichtung erfolgte unter dem Befehl des Oberleutnants Neumann. Er ließ antreten. Am Schießstande war eine Grube ausgehoben worden, vor welcher, mit festgebundenen Händen, Pjotr A. Trenzjess, der Moskauer Student, schon stand. Der Oberleutnant trat vor die Front, verlas den Urteilspruch (in deutscher Sprache), von dem Trenzjess natürlich Weise kein Wort verstand und herrschte ihn dann an:

Ran los! — Marsch! marsch! — Dort hin!

Ob er unfeige und arme Mensch jetzt begriff, was er von ihm verlangte fuhr jener auf ihn los, geierend, unfähig, sich länger zu beherrschen: Bird's bald! Du — Gundi — Uns Luck! Marsch! marsch!

Jetzt endlich schlen ihn Trenzjess zu verstehen und trat dicht an den Rand der Grube

Ist jemand hier, der russisch kann??

Niemand trat vor.

Wacht! — Na, das Schick noch nicht, —

Oberleutnant — sprang baldon dor —, ich kenne die ersten Anfangsgründe.

Wann! warum melden Sie sich da nicht!! — Fragen Sie ihn, ob er zustimmen ist!

Johannes verlor, sich mit ihm zu verständigen.

Er wünscht noch etwas — ich kann ihn aber nicht verstehen!

So? — Schluß! Weg! — Gundi! — verbinden Sie ihm die Augen!

Johannes näherte sich ihm mit einem Tuche; aber Trenzjess hat liegend: Nein! Nein!

Oberleutnant er bitte, daß man ihn —

Verbind dem Schweiß die Augen!

In diesem Augenblicke hatten ihn alle. Er merkte es und trat zurück. Von hinten schrie er:

Heere-till!

Heere-ere!

Trenzjess erschrock, fuhr mit der Hand nach seinem Unterleib, schaute sich dann zusammen und stürzte in die Grube.

Das russische Gesangs, Schreien den Toren ab

